

### "Back in the USSR"? Von der Abwertung des Rubels zum Macht- und Programmwechsel in Rußland

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1998). "Back in the USSR"? Von der Abwertung des Rubels zum Macht- und Programmwechsel in Rußland. (Aktuelle Analysen / BIOst, 41/1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47675>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## "Back in the USSR"?

### Von der Abwertung des Rubels zum Macht- und Programmwechsel in Rußland

#### **Zusammenfassung**

Die Rubelabwertung am "schwarzen Montag", dem 17.8.1998, hat in Moskau nicht nur einen Machtwechsel, sondern auch einen wirtschaftspolitischen Programmwechsel ausgelöst. Die Ablösung des Kabinetts Kirijenko durch die Regierung Primakov und der Personalwechsel an der Spitze der Zentralbank, wo Geraschtschenko wieder einzog, war die Spätfolge eines politischen Prozesses, der mit der Absetzung Tschernomyrdins im März 1998 begonnen hatte. Damit hatte Präsident Jelzin seinen Rückhalt in der Duma unterminiert, die daraufhin eine Fortführung der Wirtschaftsreformen gänzlich verhinderte. Als die Regierung Kirienko im August zu drastischen Maßnahmen greifen mußte, um den Kapitalabfluß aus Rußland zu stoppen, ließ Jelzin auch sie fallen und gab den Weg frei für die Bildung einer Regierung des nationalen Konsenses. Die formelle Macht ging damit auf die in Rußland dominierende politische Kraft, eine linksnationale Allianz, über. Diesem Machtwechsel, der auch zu einer Wiederbelebung des parlamentarischen Systems in Rußland führen kann, entspricht auch ein Wechsel der wirtschaftspolitischen Programmatik. Statt des Standardprogramms der westlichen Finanzorganisationen, das die makroökonomische Stabilisierung in den Vordergrund stellt, wird nun Protektionismus und staatliche Regulierung der Wirtschaftsprozesse gefordert. Allerdings zeigte sich umgehend, daß diese Programmatik keine Grundlage für die Bewältigung der aktuellen Finanz- und Währungskrise bieten kann, weswegen die Regierung Primakov pragmatischen Schritten den Vorzug gibt.

*"Back in the USSR"*

*(The Beatles)*

Rußland stand seit der Einführung der Währungskonvertibilität im Jahre 1995 vor dem Problem, seinen Wechselkurs gegen die Einflüsse des internationalen Kapitalmarktes verteidigen zu müssen. Dies ist im August 1998 mißglückt, als im Zusammenhang mit der Asienkrise internationale Banken

und Fonds ihr Kapital weitgehend aus Rußland zurückzogen.<sup>1</sup> Der in Marktwirtschaften nicht ungewöhnliche – zwar als Prestigeverlust, aber nicht unbedingt als nationale Katastrophe empfundene – Schritt der Währungsabwertung (am "schwarzen Montag", dem 17.8.) hatte in Moskau einen *Machtwechsel* zur Folge. Präsident Jelzin entließ zwei Tage danach die Regierung Kirijenko, konnte seinen Kandidaten Tschernomyrdin aber nicht durchsetzen und mußte ein Kabinett linksnationaler Prägung unter dem konservativen ehemaligen Geheimdienstmann und Außenminister Primakov akzeptieren.

Derartiges wäre eigentlich frühestens nach einer (eventuell vorgezogenen) Präsidentschaftswahl und einem Sieger wie Sjuganov vorstellbar gewesen, nicht aber unter Jelzin, der seit 1991 für einen wirtschaftsliberalen Kurs stand und diesen im Verlauf aller darauf folgenden Kabinettsumbildungen bis August 1998 nicht grundsätzlich verlassen hat. Dieser Kurs war bislang mit dem als "Washingtoner Konsens" oder "Standardmodell" bezeichneten Hilfekonzepth der internationalen Finanzorganisationen abgestimmt.<sup>2</sup> Dagegen richtete sich seit Jahren die Kritik aus Kreisen der ehemaligen Gorbatschow-Berater, die den Niedergang der russischen Wirtschaft als Folge gerade des westlichen Entwicklungsmodells diagnostizierten und sich für eine sozial orientierte, protektionistische und staatlich gelenkte Wirtschaft aussprachen. Dies ist nun unerwartet zur Regierungsideologie geworden: Es hat ein *Programmwechsel* stattgefunden.

Dieser vor allem bestimmte die ersten Reaktionen. Man befürchtete in der russischen und westlichen Publizistik, daß man sich bald wieder "back in the USSR" befinden würde, ein "neuer Stalinismus" drohe.<sup>3</sup> Allerdings dürfte nach wie vor gelten, daß die russische politische Klasse eine Rückkehr in die alten Verhältnisse nicht will, sondern vielmehr nach einem Dritten Weg sucht und sich möglicherweise demnächst doch zur Fortsetzung des bereits eingeschlagenen Reformkurses bereit finden wird. Es ist daher auch noch zu früh, davon zu sprechen, daß die Augustereignisse 1998 wirklich den "Zerfall des neokapitalistischen Systems" sowie das Zurückfallen Rußlands "auf das Niveau eines Entwicklungslandes" herbeigeführt haben.<sup>4</sup> Derartige Prozesse wären allerdings möglich, wenn die als Reaktion ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen vollständig fehlschlagen sollten, Rußland seine Kontakte zum Westen abbrechen und eine binnenkonzentrierte Entwicklung mit autoritären Zügen einleiten würde. Dieses "worst-case-Szenario" ist aber nicht zwangsläufig zu erwarten. Freilich stehen Rußland mindestens zwei schwere Jahre bevor, in denen ein weiterer Produktionsrückgang droht, jeweils bis zu 20 Mrd. US-\$ Kredite zurückzuzahlen sind und nicht mit einem positiven Außenhandelsaldo gerechnet werden kann. Welche Antworten auf diese Probleme Rußland in Abstimmung mit den westlichen Ländern finden kann, hängt auch davon ab, welche Schlüsse aus der wirtschaftlichen (Fehl-)Entwicklung der letzten Jahre gezogen werden.

Sowohl die immer mehr zutage tretende Unkalkulierbarkeit der Handlungen des Präsidenten, die zu erwartende Unstabilität des personellen Kompromißkabinetts Primakov, der bislang unklare Wirtschaftskurs der Regierung sowie der wieder an Einfluß gewinnenden Duma stellen Rußlands Verlässlichkeit als politischer und wirtschaftlicher Partner in Frage. Darüber hinaus gibt der geringe Erfolg der bisherigen Reformbemühungen in Rußland aber auch Anlaß, über eine eventuelle Neukonzeption westlicher Hilfe nachzudenken.

## Der Machtwechsel

Im Frühjahr 1998 schien der Reformschwung der Regierung Tschernomyrdin erneut zu erlahmen, die erst ein Jahr zuvor von Präsident Jelzin unter Hinzuziehung von Tschubajs und Nemzov neu formiert

<sup>1</sup> O. Hishow, Finanzieller Zusammenbruch des russischen Staates, in: Aktuelle Analysen des BIOst, 33/1998; H. Garbrich/T. Linne, Rußlandkrise. Ursachen, Folgen und Wege zu ihrer Überwindung, in: IWH (Hrsg.), Wirtschaft im Wandel, 12/1998.

<sup>2</sup> R. Götz, Theorien der ökonomischen Transformation, in: Osteuropa, 4/1998, S. 339-354, hier S. 341ff.

<sup>3</sup> G. Friedman, Russian Economic Failure Invites a New Stalinism, in: Herald Tribune, 11.9.1998, S. 7.

<sup>4</sup> Körber-Stiftung und Forschungsstelle der DGAP (Hrsg.), GUS-Barometer, 19/1998, S. 1.

worden war.<sup>5</sup> Aber erst als Tschernomyrdin sich gegenüber dem Westen als erkorener Nachfolger des amtierenden Präsidenten darstellte und damit den Entscheidungen Jelzins vorgriff, benutzte dieser die Gelegenheit, Tschernomyrdin durch den jungen und fähigen, aber "unpolitischen" Technokraten Kirijenko gegen den Widerstand der Duma, der er mit Auflösung drohte, zu ersetzen.<sup>6</sup> Daß Jelzin damit seine wichtigste Stütze in der Duma für eine einigermaßen marktwirtschaftliche Politik verlor, nahm er unverständlicherweise in Kauf. Fortan ging die linksnationale Duma-Mehrheit endgültig auf Blockadekurs und wartete auf die Gelegenheit, Jelzin eine Niederlage zuzufügen und damit seine Chancen für die Präsidentschaftswahl entscheidend dezimieren zu können. Dieser Augenblick war gekommen, als Jelzin nach dem "schwarzen Montag" im August nun auch Kirijenko fallenließ und den politisch angeschlagenen Tschernomyrdin der Duma erneut, aber vergeblich präsentierte. (Jelzin hatte noch am Freitag, dem 14.8., bei einem Besuch in Novgorod emphatisch versichert, daß es eine Abwertung des Rubels keinesfalls geben werde, da "alles durchgerechnet" sei und wurde zudem am Tag darauf von der bevorstehenden Abwertung nur unzureichend informiert).<sup>7</sup> Zwar befreite ihn der in der Duma hochangesehene Primakov widerstrebend endlich aus seiner Personalverlegenheit, doch damit war Jelzins Renomé als oberster "Natschalnik" (Chef) und Herr der Nomenklaturaentscheidungen endgültig dahin.

Ergab die Strategie der linksnationalen Dumamehrheit, die auf eine Verhinderung einer erfolgreichen Marktreform und auf die Entmachtung des Präsidenten samt der von ihm protegierten Nachfolgekandidaten hinauslief, in ihrer Perspektive noch einen Sinn, so war das Taktieren des Präsidenten offenbar nur noch von Augenblicksüberlegungen, emotionalen Ausbrüchen und Einflüsterungen von Ratgebern wie seiner Tochter Tatjana Djatschenko und des der Familie Jelzin nahestehenden Magnaten Boris Beresovskij bestimmt.<sup>8</sup> Wenn Jelzin wirklich, wie er vorgegeben hatte, mit Kirijenko der Reform neue Impulse verleihen wollte, hätte er ihn nicht nach dem "schwarzen Montag" wieder fallenlassen dürfen, denn an der Finanzmisere und dem Zwang zu einschneidenden Maßnahmen trug die Regierung Kirijenko die geringste Schuld. Verantwortlich war dafür in viel größerem Maße der von Jelzin als Kirijenkos Nachfolger wiederum präsentierte Tschernomyrdin sowie die Dumamehrheit selbst, die mit ihren irrealen Budgetbeschlüssen die Grundlagen der Finanzkrise des russischen Staates gelegt hat.

### **Die neue Mannschaft**

In der russischen Wirtschaftspolitik werden nun der ehemalige Chef der sowjetischen Planungsagentur Gosplan Jurij Masljukov sowie der ehemalige Chef der sowjetischen Staatsbank Viktor Geraschtschenko den Ton angeben. Während Masljukov, wie seine Äußerungen belegen, sich kaum von den spätsozialistischen Vorstellungen einer "regulierten Marktwirtschaft" gelöst hat und damit als Fehlbesetzung gelten darf, wird Geraschtschenko, der über berufliche Auslandserfahrung in Deutschland, England und Singapur verfügt, in russischen Bankenkreisen als pragmatisch, nüchtern und fachlich qualifiziert eingeschätzt, während er im Westen seinen Ruf durch die Zulassung der Hyperinflation 1992-94 beschädigt hat. Sein nach seiner erneuten Ernennung zu beobachtendes vorsichtiges Vorgehen mag bedeuten, daß er alte Fehler nicht wiederholen möchte.

In Rußland sucht man gerne nach den Drahtziehern hinter personalpolitischen Entscheidungen und sieht in Boris Beresovskij den neuen Rasputin, der die "Familie" (gemeint ist Jelzin samt Tochter) in seinem Sinne lenkt. Aber auch abgesehen von derartigen Spekulationen läßt sich fragen, welche Kräfte hinter den neuen Personen stehen könnten. Man kann davon ausgehen, daß mit Masljukov ein dem sowjetischen militärisch-industriellen Komplex entstammender und ihm auch heute nahestehender Mann in die Regierung eingetreten ist, während der ehemalige Chef des sowjetischen

<sup>5</sup> R. Götz, Besser spät als nie. Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft, in: Aktuelle Analysen des BIOS, 23/1997.

<sup>6</sup> I. Denisov, Situacija v strane v konce julja-avgusta 1998 goda, in: NG-Scenarii, 8/1998, S. 9.

<sup>7</sup> Vgl. das Interview mit V. Černomyrdin in: Nezavisimaja gazeta, 1.10.1998, S. 1 und 8.

<sup>8</sup> Denisov, a.a.O.

Erdgasbereichs und "Rohstofflobbyist" Tschernomyrdin degradiert wurde.<sup>9</sup> Ob man daraus alleine bereits eine Machtverschiebung zugunsten des russischen Rüstungskomplexes ablesen kann, sei dahingestellt. Näheren Aufschluß wird die Verteilung der Budgetmittel der kommenden Staatshaushalte geben.

Das Ausmaß des Machtwechsels wird dadurch gemildert, daß die neuen Machsträger bereits unter Jelzins Präsidentschaft wichtige Positionen bekleidet haben, darunter Jevgenij Primakov als Außenminister, dessen erster Stellvertreter Jurij Masljukov als Minister für Handel und Industrie im kurzlebigen Kabinett Kirijenko, Michail Sadornov als Finanzminister, Andrej Schapovaljanz bereits mehrfach als Stellvertreter des Wirtschaftsministers sowie Zentralbankchef Geraschtschenko in derselben Funktion bereits 1992-1994.

Freilich haben sich die Gewichte verschoben: In allen früheren Regierungen seit 1992 blieb eine gewisse Machtbalance zwischen Reformern und Konservativen gewahrt, und seit 1995 war die Zentralbank unter Führung von Sergej Dubinin und Sergej Aleksaschenko ein Hort der Politik des knappen Geldes geworden (freilich angeblich nicht hinsichtlich der Einkommen der Mitarbeiter dieser Institution). Nun sind von den "Liberalen" in der Regierung nur noch Sadornov sowie der in der Karriereleiter aufgerückte Schapovaljanz verblieben, während man auf den ehemaligen Finanzminister und späteren Leiter des Steuerdienstes Boris Fedorov ohne sachliche Begründung verzichtete. (Sein Nachfolger im Amte des obersten Steuerinspektors wurde Georgij Boos, ein Führungsmitglied von "Unser Haus – Rußland" und Inhaber der Firma "Lichtservice", die sich um die Stadtbeleuchtung für Moskau verdient gemacht hatte.)

### **Machtverschiebung zu den Mächtigen**

In vielen politologischen Analysen wurde schon die Frage diskutiert, wer im neuen Rußland die Macht wirklich innehat: Die "Familie" (der Präsident mitsamt Tochter und weiteren Ratgebern), der Westen mit Hilfe seiner Berater und Kredite, die "Oligarchen" (die Großbankiers) oder die "Regionalfürsten" (die Republikspräsidenten und mächtigen Gouverneure). Der Machtwechsel des August 1998 hat dies geklärt: Als wesentliche politische Kraft in Rußland hat sich das linksnationale Lager erwiesen, ein Konglomerat von aus der KPdSU hervorgegangenen linken Gruppierungen sowie neu formierter rechter Bewegungen, das sozialdemokratische Gruppen bis hin zu Kosakenverbänden einschließt und das in den Regionen noch viel stärker verankert ist als in Moskau und St. Petersburg. Sie alle verbindet ein sowjetnostalgischer, patriotischer und antikapitalistischer Konsens.<sup>10</sup> Dieser wurde dadurch möglich, daß in Rußland kein deutlicher Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit stattgefunden hat und eine geistige Aufarbeitung dieser Periode fehlt. Die führenden Kräfte der politischen Mehrheit stehen somit der eigenen Geschichte verständnislos und den Problemen der Gegenwart hilflos gegenüber, wie Sjuganovs *Spiegel*-Interview vom Oktober 1998 exemplarisch zeigt: Wer wie er glaubt, daß es eine (vom Westen angezettelte?) "geopolitische Revolution" war und nicht die eigene verfehlte Politik, die die UdSSR – ein angeblich "weltweit respektiertes Riesenland" – erniedrigte, oder wer China mit seinen "volkseigenen Betrieben" als Vorbild für Rußland darstellt, wird das Land nur von der gegenwärtigen in die nächste Krise führen, auch wenn ihm als Ziel nicht

<sup>9</sup> St. Harter, Die russische Rüstungsindustrie. Eine Bestandsaufnahme, in: Aktuelle Analysen des BIOSt, 40/1998.

<sup>10</sup> G. Simon, Rußland auf der Suche nach seiner politischen Identität. Visionen und Wirklichkeiten, in: Berichte des BIOSt, 33/1997, insbes. S. 10ff.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

mehr wie früher die Vervollkommnung des Sozialismus, sondern die "Vervollkommnung des Sozialstaates" vorschwebt.<sup>11</sup>

Dadurch, daß diese linksnationale Allianz und das von ihr dominierte Parlament durch Jelzins politische Eigentore endlich im großen und ganzen die Regierung hat, die sie immer schon wollte, eröffnet sich eine Chance für die Fortentwicklung des politischen Systems. Das Parlament kann nun nicht mehr die Gesetzesentwürfe der Regierung aus grundsätzlicher Opposition verwässern oder verzögern, sondern wird in die Verantwortung für die Politik eingebunden, was noch dadurch verstärkt wird, daß kaum noch mit dem Veto des Präsidenten zu rechnen sein wird. So könnte der Machtwechsel mit seinem Machtzuwachs für die "kommunistischen" (d.h. linksnationalen) Kräfte paradoxerweise den Parlamentarismus in Rußland stärken und damit die drohende autoritäre Lösung der Krisensituation unwahrscheinlicher machen.<sup>12</sup>

### **Ein Programm für einen neuen Kurs?**

Die Wirtschaftsphilosophie der neuen Regierung wird von den "Akademikern", einem Zirkel von Institutsdirektoren der Gorbatschow-Ära wie Leonid Abalkin, Oleg Bogomolov, Dmitrij Lvov und Nikolaj Petrakov sowie von Sergej Glasjev, einem zum Kritiker des Wirtschaftsliberalismus konvertierten ehemaligen Mitglied der Gajdar-Regierung, vorgedacht.<sup>13</sup> Allerdings sollte der Einfluß dieser Berater nicht überschätzt werden, wie das Schicksal ihrer Ideen zeigt, die sie in einem "Offenen Brief" an die Regierung dargelegt hatten,<sup>14</sup> und die dann in das unter Federführung Masljukovs konzipierte Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung eingingen.

Dieses "Programm der erstrangigen Maßnahmen für den Ausweg der Wirtschaft aus der Finanz- und Bankenkrise" war (vielleicht gerade weil es als "streng geheim" klassifiziert war) vorzeitig bekannt geworden.<sup>15</sup> Sogleich rief es fast ausschließlich kritische Reaktionen in der russischen Publizistik hervor. Anstoß erregte die darin enthaltene Idee der "regulierten Geldschöpfung" zur Begleichung von Staatsschulden, denn, wie eine überschlägige Rechnung ergab, würden die geforderten Maßnahmen Mehrausgaben in der Höhe des Bruttoinlandsprodukts des Landes erfordern und schnell eine Hyperinflation in Gang setzen.<sup>16</sup> Auf der Sitzung des Präsidiums des Ministerrates am 1. Oktober, auf der das Programm eigentlich verabschiedet werden sollte, erhob Finanzminister Sadornov Einwände gegen zentrale Vorstellungen des Programms, unter anderem gegen die administrative Fixierung des Wechselkurses, das Verbot von Vorauszahlungen für Importe (das den illegalen Kapitalexport verringern soll, aber auch die Importe zum Erliegen bringen dürfte) sowie – aus fiskalischen Gründen – gegen die vollständige Steuerbefreiung für investierte Gewinne und gegen die Senkung des Mehrwertsteuersatzes von bislang 20% auf 15%.<sup>17</sup> Allerdings ist gerade der Teil des Programms, der das bestehende System der Steuern und Sozialabgaben reformieren will (und offenbar auf Vorarbeiten des Finanzministeriums basiert), durchaus diskussionswürdig.<sup>18</sup>

Gegen das Programm muß vor allem eingewandt werden, daß es den aussichtslosen Versuch macht, Wohltaten für alle zu versprechen, was sehr an die stets fehlgeschlagenen Programme der letzten Jahre und Jahrzehnte erinnert. Dabei ist nicht ersichtlich, wie das schwierige Problem gelöst werden soll, die soziale Lage durch Staatskredite mit den dann zu erwartenden Inflationsfolgen zu verbessern, ohne gleichzeitig das außenwirtschaftliche Problem, d.h. die Gefahr einer weiteren Rubelabwertung zu verschärfen.

<sup>11</sup> "Nehmt uns wie wir sind", in: Der Spiegel, 41/1998, S. 206-213.

<sup>12</sup> E. Stöling, Kehrtwende – mit Chancen?, in: Kommune, 10/1998, S. 6-9, hier S. 8.

<sup>13</sup> Der "Offene Brief" der Akademiker wurde unter dem Titel "Osnovnye napravlenija razvitija narodnogo chozjajstva" in: KD, 15.9.1998, S. 8, publiziert.

<sup>14</sup> KD, 1.10.1998, S. 4-5.

<sup>15</sup> D. Pinsker, Kak nam obut' Rossiju, in: Itogi, 6.10.1998, S. 21-22.

<sup>16</sup> A. Uljukaev, Programma so skidkoj, in: Moskovskie novosti, 37/1998, S. 9.

<sup>17</sup> KD, 2.10.1998, S. 3.

<sup>18</sup> A. Galiev, Primakov pošol v razvedku, in: Ekspert, 37/1998, S. 10-11.

Das Masljukov-Programm wurde, auch weil es keine Grundlage für die Verhandlungen der russischen Delegation auf der parallel stattfindenden Jahrestagung des IWF darstellen konnte, sofort ad acta gelegt. Statt dessen argumentierte man dort mit dem Nothaushalt für das vierte Quartal 1998 und den dafür vorgesehenen Maßnahmen und erhoffte sich zumindest eine Unterstützung in Höhe von 2,5 Mrd. US-\$ statt der ursprünglich in Aussicht gestellten fast doppelt so hohen Summe. Die Gespräche blieben aber ohne Ergebnis, da der in Frage stehende Nothaushalt bis Mitte Oktober nicht ausgearbeitet werden konnte.<sup>19</sup>

---

<sup>19</sup> E. Medvedeva, Rossijskij bjudzet vpal v sostojanie bezdochodnosti, in: Izvestija, 15.10.1998, S. 4.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

Ein umfassendes Programm, das den unzureichenden Masljukov-Entwurf ablösen soll, kann nach Ansicht des Finanzministers frühestens Anfang 1999 vorgelegt werden.<sup>20</sup> Bis dahin will man die erforderlichen Schritte, wie Primakov am 14.10. vor dem Föderationsrat formulierte, aus der "operativen Lage" ableiten. Für seine pragmatische Position erntete der Regierungschef zum Teil begeisterte Zustimmung – sehen doch die Republikfürsten und Gouverneure der wirtschaftlich stärkeren Regionen goldene Zeiten für den politischen Kuhhandel heraufziehen. Denn weder droht ein Rückfall in den bürokratischen Zentralismus der Vergangenheit, noch werden zukünftig Moskauer Kontrolleure wie Tschubajs, Nemzov oder Kirijenko ihre Nasen in die regionalen Angelegenheiten stecken können.

Primakovs Standpunkt vermeidet zwar geschickt konkrete Festlegungen und nimmt dadurch allen grundsätzlichen Einwänden die Spitze, macht aber auch deutlich, daß von einer programmatischen Neubestimmung eines Kurses nicht die Rede sein kann. Doch werden die ungelösten wirtschaftlichen Probleme die Regierung früher oder später zwingen, wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen zu treffen. Es muß etwa geklärt werden, ob das russische Bankensystem mit Hilfe von Auslandsbanken wieder stabilisiert bzw. neu aufgebaut werden soll, ob ausländische Kredite künftig durch Verpfändung von Aktien und Betriebsvermögen von russischen Unternehmen gesichert werden sollen, ob weitere Konzessionen an ausländische Konsortien auf dem Gebiet der Rohstofferschließung vergeben werden sollen oder ob umgekehrt der Weg in Richtung eines nationalen Kapitalismus mit möglichst geringem Auslandseinfluß gewählt werden soll. Letzteres wäre zwar im Einklang mit den Vorstellungen der linksnationalen politischen Mehrheit und ihres patriotischen Konsenses, würde Rußland aber auf den Weg der binnenzentrierten Entwicklung zurückführen, den es in den vergangenen Jahren zu verlassen versuchte.

Roland Götz

---

<sup>20</sup> vwd Rußland, 13.10.1998, S. 1.